Satzung der Universitätsmedizin Rostock zur Umsetzung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Versuchstierverordnung

Präambel

In dem Bewusstsein, dass Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert ist, artgerechte Haltung und sensibler Umgang mit Tieren nicht nur eine ethische Notwendigkeit darstellen, sondern auch Voraussetzung für die Qualität tierexperimenteller Forschung ist, und zum Zwecke der Umsetzung der Richtlinie 2010/63/EU vom 22. September 2010 zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere haben der Fakultätsrat und der Vorstand der Universitätsmedizin Rostock die folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich


§ 2 Allgemeine Grundsätze

(1) Das Tierschutzgesetz, die Tierschutz-Versuchstierordnung und die Versuchstiermeldeverordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung und die damit verbundenen rechtlichen Bestimmungen sind zu beachten und einzuhalten. Jede Mitarbeiterin / jeder Mitarbeiter, die oder der mit Tieren umgeht, ist verpflichtet, sich vor Beginn der Arbeiten mit dem geltenden Recht vertraut zu machen und sich die erforderliche Fach- und Sachkunde anzueignen.


(3) Tierversuche sind vor Beginn der Versuchsdurchführung bei der zuständigen Behörde (Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern / LALLF) zu beantragen und dürfen nur durchgeführt werden, wenn die Behörde die Versuche genehmigt hat. Versuchstiere dürfen nur gehalten und gezüchtet werden, wenn eine Erlaubnis durch die zuständige Behörde vorliegt. Die für einen Versuch verantwortlichen Leiterinnen und Leiter haben sich vor der Antragstellung oder Anzeige über den geplanten Einsatz von Tieren mit der /dem Tierschutzbeauftragten zu beraten und diese / diesen zu unterrichten. Die oder der Tierschutzbeauftragte kann dabei Bedenken vorbringen
und Änderungen des Vorhabens vorschlagen, bevor die Anträge oder Anzeigen an die zuständige Behörde weitergeleitet werden. Die oder der Tierschutzbeauftragte gibt in den gesetzlich geregelten Fällen eine Stellungnahme ab.

(4) Für die Einhaltung aller Vorschriften bei der Durchführung von Tierversuchen ist die Versuchsleiterin oder der Versuchsleiter bzw. die Stellvertreterin oder der Stellvertreter verantwortlich. Sie sind auch dafür verantwortlich, dass alle an dem Tierversuch beteiligten Personen entsprechend des Tierschutzgesetzes qualifiziert sind und die Vorschriften einhalten.

§ 3 Bestellung der Tierschutzbeauftragten


(2) Zur oder zum Tierschutzbeauftragten kann nur bestellt werden, wer die notwendigen Qualifikationen gem. § 10 Abs. 2 S. 2 Ziffer 2 Tierschutzgesetz i.V.m. § 5 Tierschutz-Versuchstierverordnung bzw. § 48 Abs. 2 Tierschutz-Versuchstierverordnung aufweist.

§ 4 Stellung der Tierschutzbeauftragten

(1) Tierschutzbeauftragte sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weisungsfrei. Sie dürfen wegen der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht benachteiligt werden.

(2) Den Tierschutzbeauftragten ist die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Zeit einzuräumen. Sie sind während der Tätigkeit als Tierschutzbeauftragte in ihren eigentlichen Aufgabenbereichen zu entlasten. Die Universitätsmedizin Rostock stellt sicher, dass sich die Tierschutzbeauftragten regelmäßig fortbilden.


§ 5 Aufgaben und Rechte der Tierschutzbeauftragten

(1) Die Tierschutzbeauftragten haben folgende Aufgaben:

1. dafür Sorge zu tragen, dass die Einrichtungen die Einhaltung von Vorschriften, Bedingungen und Auflagen im Interesse des Tierschutzes beachten,
2. die Einrichtungen und die mit den Tierversuchen und mit der Haltung der Versuchstiere befassten Personen vor der Anzeige eines Tierversuchs oder vor der Beantragung einer Genehmigung zur Durchführung eines Tierversuchs zu beraten,
3. zu jedem Antrag auf Genehmigung eines Tierversuchs Stellung zu nehmen,
4. innerbetrieblich auf die Entwicklung und Einführung von Verfahren und Mitteln zur Vermeidung oder Beschränkung von Tierversuchen hinzuwirken,
5. an allen Begehungen durch die zuständige Behörde teilzunehmen,
6. den zuständigen Behörden gegenüber Auskunft zu erteilen,
7. in geeigneter Form eine Übersicht über alle Tierversuchsvorhaben ihrer Aufgabenbereiche zu führen und die notwendigen Unterlagen aufzubewahren,
8. während der Versuchsdurchführung auf die Einhaltung der Vorschriften, Bedingungen und Auflagen zu achten. Dies betrifft insbesondere die verwendete Tierart und die Zahl der Tiere, die Versuchsdurchführung und die am Versuch Beteiligten sowie die tier schutzgerechte Haltung und Versorgung der Tiere im Versuch,
9. darauf hinzuwirken, dass bereits bei der Planung von Versuchsvorhaben geeignete biometrische Verfahren eingesetzt werden,
10. soweit notwendig, die Betriebsärztinnen und Ärzte sowie die Fachkräfte für Arbeitssicherheit einzubeziehen und mit diesen zusammen zu arbeiten.

(2) Die Tierschutzbeauftragten sind berechtigt, bei der Durchführung von Tierversuchen anwesend zu sein. Sie sind außerdem Ansprechpartner für die jeweils zuständigen Behörden.

(3) Soweit vor dem Stellen des Antrages durch die Versuchsleiterin oder den Versuchsleiter eine Beratung durch eine/einen Tierschutzbeauftragte/n stattgefunden hat und die eingereichten Unterlagen vollständig sind, soll diese / dieser den Antrag innerhalb von zwölf bis fünfzehn Werktagen bearbeiten.


§ 6 Tierschutzausschuss

(1) An der Universitätsmedizin Rostock wird gem. § 6 Tierschutz-Versuchstierverordnung ein Tierschutzausschuss gebildet. Diesem gehören an

1. die Tierschutzbeauftragten
2. mindestens eine mit der Pflege der Tiere betrauten Person
3. mindestens eine/ein wissenschaftliche/r Mitarbeiterin/ Mitarbeiter, die/der Tierversuche durchführen


(2) Der Tierschutzausschuss hat die Aufgabe,

1. die Tierschutzbeauftragten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen
2. an der Festlegung interner Arbeitsabläufe, die die Durchführung und Auswertung der Überwachung des Wohlergehens der Tiere sowie diesbezügliche Folgemaßnahmen betreffen, mitzuwirken und die Einhaltung der Arbeitsabläufe zu überprüfen,
3. die Entwicklung von Tierversuchen und deren Ergebnisse unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die verwendeten Tiere zu verfolgen und
4. im Hinblick auf die Entwicklung und Durchführung von Programmen zur Unterbringung von Tieren, deren Verwendung in Tierversuchen nicht mehr vorgesehen ist, beratend tätig zu werden

Ferner kann der Tierschutzausschuss das Personal der Universitätsmedizin, das mit der Haltung, der Verwendung oder dem Züchten der Tiere befasst ist, beraten, insbesondere hinsichtlich des Wohlergehens der Tiere.
(3) Der für den Betrieb der jeweiligen Versuchstierhaltung Verantwortliche (Inhaber der Erlaubnis gem. § 11 Abs. 1 Nr. 1 Tierschutzgesetz) hat sicherzustellen, dass über Empfehlungen des Tierschutzausschusses, die dieser im Rahmen der Erfüllung seiner in Absatz 2 genannten Aufgaben abgibt, sowie über alle Entscheidungen, die im Hinblick auf diese Empfehlungen getroffen werden, Aufzeichnungen geführt und diese mindestens drei Jahre lang aufbewahrt werden. Die Aufzeichnungen sind der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

§ 7 Tierhaltung

(1) Die Haltung von Wirbeltieren, an denen Eingriffe oder Behandlungen zu Forschungs- oder Lehrzwecken durchgeführt werden sollen, erfolgt ausschließlich in Tierhaltungen und Tierhaltungsräumen, für die eine Erlaubnis durch die Aufsichtsbehörde vorliegt.

(2) Für die Beantragung einer Tierhaltung sind der oder dem zuständigen Tierschutzbeauftragten alle dafür erforderlichen Unterlagen vollständig bereitzustellen. Sie oder er reicht die Anträge bei der zuständigen Behörde ein.

(3) Die Leiterinnen / Leiter von Tierhaltungen sind verpflichtet, den oder dem Tierschutzbeauftragten alle Änderungen in der Tierhaltung, insbesondere solche, die die Räume, die Tierzahl oder die Tierart betreffen, der / dem zuständigen Tierschutzbeauftragten unverzüglich mitzuteilen und alle dafür notwendigen Unterlagen vollständig bereit zu stellen. Die / der zuständige Tierschutzbeauftragte reicht die Unterlagen bei der zuständigen Behörde ein.


(6) An den Behältnissen oder Stallungen zur Unterbringung von Versuchstieren sind Karten anzubringen, auf denen leserlich die tierbezogenen Daten, insbesondere Alter, Geschlecht, Rasse oder Stamm, Genotyp und die behördlichen Aktenzeichen im Falle von Genehmigungen oder Anzeigen vermerkt sind. Verantwortlich dafür ist die Versuchsleitung. Tiere, die sich ausschließlich in der Zucht oder Haltung befinden, müssen als solche gekennzeichnet sein.

§ 8 Versuchstierhaltungsgenehmigung

Genehmigungsinhaber für die Versuchstierhaltung ist gem. § 11 Abs. 1 Nr. 1 des Tierschutzgesetzes i.V.m. § 11 Tierschutz-Versuchstiervorordnung die Leiterin bzw. der Leiter der jeweiligen Versuchstierhaltung.

§ 9 Tiertransporte

Der Transport unter Verwendung öffentlicher Verkehrswege sowie der innerbetriebliche Transport von Tieren haben tierschutzgerecht zu erfolgen unter Berücksichtigung der jeweils

§ 10 Anzeige- oder genehmigungspflichtige Tierversuche sowie Eingriffe und Behandlungen an Wirbeltieren


(2) Wer beabsichtigt, Eingriffe und Behandlungen, die nicht Versuchszielen dienen, durchzuführen, hat dies der zuständigen Behörde anzuzeigen.


(5) Jeglicher Schriftverkehr mit den Behörden ist der / dem Tierschutzbeauftragten nachrichtlich zur Verfügung zu stellen.


Handlung im Sinne des Wohles des Tieres notwendig ist, kann die Leiterin / der Leiter des Versuchsvorhabens, die Leitung der Versuchstierhaltung oder die / der zuständige Tier-
schutzbeauftragte auch ohne eine Abstimmung das Notwendige zum Wohl des Tieres veran-
lassen.

§ 11 Persönliche Voraussetzungen für tierexperimentelles Arbeiten

(1) Genehmigungspflichtige Versuchsvorhaben dürfen grundsätzlich nur von Personen
durchgeführt werden, die die nach dem Tierschutzgesetz und den darauf beruhenden
Rechtsvorschriften erforderlichen Voraussetzungen erfüllen.

(2) Der Versuchsleiterin bzw. dem Versuchsleiter obliegt es, für die praktische Einarbeitung
der an dem Versuch beteiligten Personen zu sorgen.

(3) Die Versuchsleitung darf nur von Personen wahrgenommen werden, die über die für den
Versuch erforderliche fachliche Eignung verfügen.

§ 12 Aufzeichnungen und Versuchstiermeldung

(1) Für die Aufzeichnung von Eingriffen und Behandlungen von Tieren sind die jeweilige Ver-
suchsleiterin / der jeweilige Versuchsleiter entsprechend § 29 der Versuchstiermeldeverord-
nung verantwortlich. Für die Aufzeichnungen zur Zucht von Wirbeltieren sind die Leiter der
Versuchstierhaltungen entsprechend § 7 Versuchstiermeldeverordnung verantwortlich.

(2) Die Meldungen über verwendete Tiere erfolgt entsprechend den Regelungen der Ver-
suchstiermeldeverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 13 Tötung von Wirbeltieren zu wissenschaftlichen Zwecken

(1) Tötungen von nicht vorbehandelten Wirbeltieren zu wissenschaftlichen Zwecken sind auf
das wissenschaftlich unerlässliche Maß zu beschränken. Die Tötung ist der zuständigen Be-
hörde entsprechend der Versuchstiermeldeverordnung mitzuteilen. Der / dem Tierschutzbe-
auftragten ist auf Verlangen Auskunft über den aktuellen Stand zu erteilen. Verantwortlich für
die Meldung ist die Leiterin oder der Leiter der Einrichtung, der die Personen zugeordnet
sind, die die Tötung durchführen.

(2) Die für die Tötung verantwortlichen Personen müssen die Anforderungen entsprechend
Anlage 1 Abschnitt 2 der Tierschutz-Versuchstierverordnung erfüllen.

§ 14 Beschaffung von Versuchstieren

(1) Wirbeltiere, die als Versuchstiere eingesetzt werden sollen, dürfen nur aus speziellen
genehmigten Zuchten beschafft werden, es sei denn, die Behörde stimmt einer anderweitig-
gen Beschaffung zu.

(2) Bei der Einfuhr von Wirbeltieren aus Drittländern ist außer der Dokumentation ihres Hy-
genestatus eine behördliche tierschutzrechtliche Import-Erlaubnis erforderlich.

(3) Die Beschaffung von Versuchstieren erfolgt durch dazu beauftragte Mitarbeiterinnen /
Mitarbeiter der Versuchstierhaltungen. Die Ausgabe von Tieren erfolgt nur an befugte Perso-
nen unter Angabe der behördlichen Genehmigungs- oder Anzeigenummer des Vorhabens
bzw. der Erklärung, dass eine Tötung zu wissenschaftlichen Zweck durchgeführt wird.
§ 15 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates vom 24.11.2014 sowie des Vorstandes vom 27.01.2015.

Prof. Dr. med. univ. Emil C. Reisinger  
Dekan und Wissenschaftlicher Vorstand

Prof. Dr. med. Christian Schmidt MPH  
Ärztlicher Vorstand und  
Vorstandsvorsitzender